

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #02/2016

15. Januar 2016

Die Fragen stellte Eric Schneider, Rechtsreferendar aus Berlin.

Eric Schneider:

Frau Bundeskanzlerin, wenige Tage nach dem Selbstmordanschlag in Istanbul, bei dem deutsche Touristen gestorben sind, stehen kommende Woche erstmals sogenannte Strategische Konsultationen mit der Türkei in Berlin an. Diese Gespräche sind seit längerem geplant. Was erwarten Sie von ihnen unter den aktuellen Vorzeichen?

Bundeskanzlerin Merkel

Ja, wir haben diese Regierungskonsultationen schon seit längerem geplant. Und ich glaube, die beteiligten Ressorts – Wirtschaft, Innen, Verteidigung und Außen – zeigen auch, auf welche Themen wir uns konzentrieren. Und das ist unabhängig von dem Kampf gegen den Terror. Ich meine, die Türkei war Gegenstand eines Anschlags – eines schrecklichen terroristischen Anschlags: in Ankara, bereits im Herbst letzten Jahres. Und jetzt dieser Anschlag, bei dem eben auch so viele deutsche Opfer zu beklagen sind, in Istanbul. Das zeigt, dass wir in diesem Kampf gegen den Terror zusammenstehen müssen; deshalb auch die Kontakte unserer Innenminister, aber auch der entsprechenden Dienste, Nachrichtendienste. Wir wollen aber auch die wirtschaftlichen Bande beleben. Und wir haben natürlich in der Außenpolitik viele Themen. Zum Beispiel die Lösung des Syrien-Konflikts, bei dem die Türkei als Nachbar natürlich auch eine wichtige Rolle spielt, bei der unser Außenminister in der Syrien-Konferenz genauso wie der türkische dabei ist. Also eine Vielzahl von Dingen. Wir dürfen uns von den Terroristen nicht unsere Agenda verändern lassen, sondern es gibt jetzt umso mehr Gründe, diese Regierungskonsultationen durchzuführen.

Die EU-Türkei-Gipfelerklärung sieht u.a. die Zahlung von drei Milliarden Euro an die Türkei vor. Ich frage mich: Können damit wirklich langfristige Perspektiven geschaffen werden? Wird weitere Hilfe für die Flüchtlinge in der Türkei folgen?

Ich glaube, das ist jetzt erst mal ein wichtiger Anfang. Wir wollen die Situation der Flüchtlinge verbessern. Die Türkei hat unter den inzwischen 2,5 Millionen Flüchtlingen, die sie beherbergt, mindestens 900.000 Kinder; die müssen in die Schule gehen, die müssen ausgebildet werden. Und hier hat die Türkei bisher sehr wenig internationale Hilfe bekommen. Und es ist auch im europäischen Interesse, dass es den Flüchtlingen dort gut geht, so dass sie keinen Grund sehen, aus der Türkei zu fliehen. Und insofern halte ich das für einen wichtigen Beitrag. Wie das weitergeht, müssen wir sehen. Denn wir wollen ja alle, dass in Syrien ein Waffenstillstand geschaffen wird und dass dann anschließend auch Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Das heißt, Flüchtlinge müssen ja nicht immer in der Türkei leben, sondern vielleicht schaffen wir es auch, ihnen wieder ihre Heimat zurückzugeben, was, glaube ich, aus der Perspektive der Flüchtlinge immer noch das Beste ist.

Die Regierung der Türkei wird international scharf kritisiert wegen ihrer Beschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit – ebenso wie wegen ihres Umgangs mit der kurdischen Minderheit. Werden Sie in Ihren jetzigen Verhandlungen Menschenrechtsfragen ansprechen?

Ja, wenn wir sprechen, sprechen wir natürlich über alle Aspekte, und da kommen natürlich auch die Fragen zur Sprache, die Sie jetzt angesprochen haben, also was Pressefreiheit angeht. Aber eben auch die Frage: Wie sieht es aus mit den Kurden? Wir waren sehr zufrieden, als es in den vergangenen Jahren doch sehr hoffnungsvolle Signale aus dem Versöhnungsprozess mit den Kurden gab. Wir sagen immer wieder, dass die Auseinandersetzung verhältnismäßig geführt werden muss. Und wir werden auch bei den in der kommenden Woche stattfindenden Regierungskonsultationen wieder darüber sprechen: Welche Möglichkeiten gibt es, auch wieder einen politischen Prozess einzuleiten? Es ist selbstverständlich das Recht der Türkei, auch gegen terroristische Aktivitäten der PKK vorzugehen, aber man muss aufpassen, dass auch die kurdische Bevölkerung wirklich vernünftige Chancen der Entwicklung hat – gerade auch die jungen Leute.

Die Außenpolitik der Türkei hat sich lange Zeit in Richtung Europäischer Union orientiert. Neben finanzieller Unterstützung und Visa-Erleichterungen hat Brüssel der Türkei nun die Öffnung neuer Kapitel in den Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt. Kann die Türkei damit rechnen, in zehn Jahren Mitgliedsstaat der EU zu sein?

Ich glaube, dass man jetzt so eine Jahreszahl nennt, das ist angesichts des Standes, wo wir sind, nicht sachgerecht. Sondern wir haben gesagt: Das ist ein offen angelegter Beitrittsprozess – von beiden Seiten. Und in diesem Prozess haben wir jetzt ein weiteres Kapitel geöffnet. Ich schließe auch nicht aus, dass wir weitere Kapitel öffnen werden, aber da ist noch ein sehr langer Weg zu gehen. Ich begrüße trotzdem, dass die Kontakte wieder intensiver geworden sind. Ich hoffe auch, dass es uns gelingt, in den nächsten Monaten doch bei einem Thema Fortschritte zu machen, das uns in dem Zusammenhang sehr bedrückt: Das ist die Zypern-Frage, über die natürlich auch gesprochen werden muss. Und gute Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei sind gerade in der jetzigen globalen Situation von allergrößter Bedeutung, zumal wir ja auch – jedenfalls Deutschland und die Türkei – Mitglieder der NATO sind und auch hier gemeinsame Herausforderungen zu bewältigen haben.